

Blickpunkte

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **66 (1986)**

Heft 2

PDF erstellt am: **16.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wahlperspektiven

Die Augen der politischen Auguren richten sich mehr und mehr auf das eidgenössische Wahljahr 1987. Kantonale und kommunale Wahlen der nächsten Monate bekommen damit immer stärkeres Gewicht als Vorseignale. Dabei ist allerdings zu bedenken, dass sowohl die Berner Kantonalwahlen wie die Zürcher Gemeindevahlen diesmal Sonderaspekte aufweisen, welche zu gegebener Zeit auch eine gesonderte Wertung der Resultate erheischen werden. In beiden Fällen wird die Frage im Vordergrund stehen, wieweit wirkliche und vermeintliche Skandale um Exekutivmitglieder auch das Kräfteverhältnis unter den Parteien und ihren Parlamentsfraktionen beeinflussen werden.

Gesamtschweizerisch gesehen stehen aber andere Fragen im Vordergrund: Zunächst jene nach der Resistenz der traditionellen Parteien gegenüber «Bewegungsparteien», die Einzelthemen wie das Asylantenproblem oder den Umweltschutz zu ihrem Wahlvehikel auserkoren haben. Darüber hinaus aber steht weiterhin auch die Frage im politischen Raum, ob der ordnungspolitische «Rechtstrend» der letzten acht bis zehn Jahre weiterhin anhalten werde, oder ob die Linke zu einem neuen Aufschwung anzusetzen vermöge.

Gerade in bezug auf das Wechselspiel von Ideologie und praktischer Politik gehen zwar die Schweizer

Uhren vielfach wirklich «anders». Der seinerzeitige Sieg Mitterrands zum Beispiel half den welschen Sozialisten keineswegs auf die Beine. Andererseits wäre es mehr als nur abwegig, den «Rechtstrend» im angelsächsischen Raum mit der Verstärkung des bürgerlichen Lagers verschiedener kontinental-europäischer Staaten oder gar der Schweiz in direkten Zusammenhang zu bringen – und wäre es nur deshalb, weil sich die Parteien vor allem Amerikas, aber auch Englands, weder nach ihrer organisatorischen Struktur noch nach ihrer ideologischen Prägung und Ausrichtung direkt mit jenen Europas vergleichen lassen.

Doch sobald man sich vom herkömmlichen Orientierungsschema Links-Rechts, in das die Parteienlandschaft ohnehin nicht mehr ohne verzerrende Willkür hineingepresst werden kann, etwas loslöst und das Verhältnis des einzelnen oder der Wirtschaft zum Staat entsprechend seinem aktuellen Gewicht in den Mittelpunkt rückt, beginnen die Dinge sofort anders auszusehen. Während nämlich zum Beispiel die englischen Liberalen alles andere denn grosse Vorkämpfer der Marktwirtschaft sind, sondern im Zweifelsfalle immer der staatlichen Intervention den Vorzug geben, verkörpern die Konservativen unter Frau Thatcher einen marktwirtschaftlichen Liberalismus, der weitgehend der Linie des schweizerischen Freisinns ent-

spricht. Und was immer in nächster Zeit aus der Regierung Thatcher werden wird – die Briten können inzwischen wieder freier atmen. Der individuelle Spielraum ist unverkennbar grösser geworden. Ähnliches lässt sich natürlich auch von Ronald Reagans Amerika sagen, dessen «Wirtschaftskonservatismus» durchaus neoliberalen europäischen Vorstellungen entspricht und dessen politischer Erfolg unvermindert anhält.

Die Grosswetterlage in den westlichen Industriestaaten deutet also kaum auf eine allgemeine «Trendwende» hin, dies um so weniger, als die Sozialdemokratie nach wie vor Mühe hat, ihr ideologisches Profil der überfälligen Überholung zu unterziehen. Die neomarxistische Welle der 68er-Bewegung ist längst verebbt. Beim Sozialstaat fragt der Bürger vor allem danach, wieweit er noch «bezahlbar» sei, und weniger nach zusätzlichen Leistungen. Die bruske Abkehr Mitterrands von seinen gross angekündigten «Sozialisierungskonzepten» für die französische Wirtschaft hat das Vertrauen in eine neomarxistische Wirtschaftspolitik auch über Frank-

reich hinaus nicht eben gestärkt. Und was schliesslich das sozialistische «Lösungsangebot» für die «nachindustrielle Gesellschaft» des Computerzeitalters betrifft, so handelt es sich weitgehend um «Klein-Utopien», die weit an der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Realität vorbeiziehen. So bleibt vielerorts nur der taktische Ausweg einer oszillierenden rot-grünen Allianz auf Zeit, die für die potentiellen Wähler der traditionsreichen europäischen Sozialdemokratie keine wirklich neuen Horizonte eröffnen dürfte.

Unter diesen Umständen zeichnen sich weder in der Schweiz noch anderswo Wahlkämpfe mit grossen ordnungspolitischen Auseinandersetzungen ab. Die Ausmarchungen werden wohl mehr durch jeweilige sach- und personalpolitische Konstellationen geprägt sein – eine Ausgangslage, die erfahrungsgemäss den «Bewegungsparteien» zugute kommen kann, besonders dann, wenn es den traditionellen Parteien nicht gelingt, ihre Wählerpotentiale optimal zu mobilisieren.

Richard Reich

Tückerreiche Eigentumsordnung

In einer Marktwirtschaft dominiert, das zeigt schon die reine Beobachtung, die *privatrechtliche Eigentumsordnung* an den Produktionsfaktoren. Und die Ordnungstheorie liefert die Erklärung dafür, weshalb diese Lösung im Prinzip für die Funktionstüchtigkeit des Systems vorteilhaft ist.

Einzelne Wirtschaftssubjekte haben nämlich, wenn sie im *Besitze* von Produktionsfaktoren sind, ein *Eigeninteresse*, diese möglichst gut zu unterhalten und zu nutzen. Das fördert die optimale Faktorallokation und Faktornutzung. Und darauf ist jede Wirtschaftsordnung angewiesen, wenn sie

den Menschen, die in ihr zu leben haben, einen möglichst hohen materiellen Wohlstand soll zur Verfügung stellen können. Eine privatrechtliche Eigentumsordnung hat einmal, wenn sie durch diese Optik betrachtet wird, eine wichtige *funktionale* Aufgabe zu erfüllen.

Kommt dazu, dass der privaten Eigentums- oder Vermögensbildung auch eine *soziale Schutzfunktion* zukommt. Deshalb waren die Liberalen der Nachkriegszeit stets auch der Meinung, dass die Wirtschaftspolitik die private Eigentumsbildung zu *fördern* habe. «Eigentum für alle»: so hiess in den sechziger Jahren der plakative Slogan, der dieser These in den Niederungen der praktischen Wirtschaftspolitik zum Durchbruch verhelfen sollte. In der Schweiz ist auf diesem Gebiet lange Zeit nicht allzu viel geschehen. Nun hat die dritte Säule mit der gesetzlichen Verankerung der Betrieblichen Vorsorge etwas Auftrieb erhalten. Die Förderung der dritten Säule durch steuerliche Massnahmen darf aber wohl nur als ein *Anfang* betrachtet werden, der der Ausweitung und konzeptionellen Verdichtung bedarf.

Karl Marx hat diese «Konstruktion» bekanntlich *missfallen*. Er vermutete hinter der privatrechtlichen Eigentumsordnung den kapitalistischen Teufel. Um diesen auszutreiben, wollte er die privatrechtliche Eigentumsordnung durch eine «kollektive» Variante ersetzen. So ist es denn auch in allen Ländern geschehen, die sich, aus welchen Gründen auch immer, seinem ideologischen Erbgut zuwandten. Auf diesen «sozialistischen Fortschritt» sind die planwirtschaftlichen Länder noch heute stolz. Kein

Reformkonzept hat es sich bisher leisten können, an diesem Bollwerk zu rütteln, obwohl es ganz offensichtlich für die schlechte Faktornutzung im Produktionsprozess eine erhebliche Mitverantwortung zu übernehmen hat. «Jedermanns Eigentum ist niemandes Eigentum» – behauptet nicht zu Unrecht ein geflügeltes Wort. Aus diesem Grunde hat im roten Paradies kein Mensch eine Veranlassung, darauf zu achten, dass die knappen Ressourcen gut verwendet werden. Es besteht in dieser Beziehung in allen sozialistischen Ländern eine mittelschwere *Misere*.

Die Planwirtschaft hat aber, wie jedermann weiss, noch andere Funktionsmängel. Sie sind, nicht ausschliesslich, aber doch schwergewichtig, in einer *Überzentralisierung* der Entscheidungsstrukturen zu orten. Deshalb sind alle Reformkonzepte auf *Dezentralisation* angelegt, die bis auf die Ebene der einzelnen Betriebe reichen soll. Dieser Weg wird denn auch etwa in China, Ungarn oder Polen mit unterschiedlicher Zugriffigkeit besritten. Was passiert dann aber mit dem Eigentum? Dezentralisation ist nämlich nur dann zu haben, wenn das formale Eigentum von seinem Verfügungsrecht *getrennt* wird. Der Bauer, der in China selbst darüber soll befinden können, wie er den Boden verwendet, was er anbauen will, muss über den Boden und die Einsatzfaktoren *verfügen* können. Der Eigentümer, der Staat, muss ihm das Verfügungsrecht auf Zeit abtreten oder «verpachten». Das gleiche gilt auch für die Industriebetriebe. Und soll das System nach den Absichten, die diese Politik tragen, funktionieren können, so muss dem Bauern in China

– oder anderswo – zudem die Chance gegeben werden, von der Nutzensteigerung, die durch seine individuellen Dispositionen möglicherweise eintreten, in Form von steigenden Gewinnen oder Einkommen zu *profitieren*. Im umgekehrten Falle hat er die Konsequenzen in Form von Verlusten zu tragen. Das Anreizsystem für individuelles Verhalten ist geändert worden. In einer Marktwirtschaft ist dies *courant normal*.

Im Sozialismus aber hat dieser ideologische Salto *unangenehme Folgen*. Er höhlt nämlich die kollektive Eigentumsordnung aus; sie wird, rein funktional betrachtet, wieder sehr nahe an die privatrechtliche Eigentumsordnung herangeschoben. Es gibt im Sozialismus zwar nach wie vor nur *einen* Eigentümer, den Staat. Aber es gibt nun «plötzlich» sehr viele Wirtschaftssubjekte, die über dieses Eigen-

tum verfügen dürfen. Der Unterschied zwischen privater und öffentlicher Eigentumsordnung besteht dann «nur» noch darin, dass im einen Falle das Verfügungsrecht auf den Märkten gehandelt, wogegen sie im andern Falle vom Staat einzelnen Wirtschaftssubjekten als *Privilegien* zugeteilt werden. Nur derjenige, der am antiquierten Glauben hängengeblieben ist, dass der Staat über eine höhere Moral oder Unbestechlichkeit als alle andern Mitglieder und Institutionen einer Gesellschaft gebiete, kann sich mit der *Illusion* trösten, dass dem kollektiven Eigentum noch immer eine Überlegenheit zuzuweisen sei. Solche Zeitgenossen gibt es offenbar immer weniger. Die ideologische Position roter Provenienz beginnt auch in der Eigentumsfrage ihre Unschuld zu verlieren.

Willy Linder

Terror

«Wir können uns nicht erlauben, der *Hamlet der Völker zu werden und endlos darüber zu grübeln, ob und wie wir reagieren.*» Das sagte Aussenminister Shultz im Oktober 1984 nach Flugzeugentführungen und der Bombardierung eines Nebenhauses der amerikanischen Botschaft in Beirut. Zwei Monate später sprach der Staatssekretär, nach neuen Attentaten, von der «*nötigen Bereitschaft, militärische Gewalt anzuwenden*».

Der frühere Diplomat John Newhouse, dessen gründlich recherchierte Aufsatz über Terrorismus in «*The*

New Yorker» vom 8. Juli 1985 erschien, zeigte sich skeptisch hinsichtlich der Möglichkeit, dieser Hydra alle Köpfe abzuhaufen; er hatte unter Verantwortlichen in Europa und den USA ziemlich pessimistische Einschätzungen gefunden. Es sei leichter gewesen, den italienischen Massenterror der Roten Brigaden zu «infiltrieren» als verschworene Gruppen von zehn oder fünfzehn Aktivisten.

Der französische Justizminister Robert Badinter hatte zu Beginn des sozialistischen Kurses die Führer der «*Action Directe*» amnestiert, nach

denen jetzt die Polizei in mehreren Ländern fahndet. Diese Gruppe hat sich mit deutschen, italienischen, belgischen Gruppen verbunden und besonders in Belgien, wo die Polizeikräfte am unerfahrensten und am wenigsten koordiniert sind, oft zugeschlagen – bis schliesslich ein grosser Fang geglückt ist, der aber einem teils nur kriminellen, teils politischen Terrorismus längst kein Ende setzt.

Der Unterschied zwischen «völkisch» bestimmten Terroristen – Palästinenser, Basken, Armenier, katholische Iren in Ulster – und der ideologisch bestimmten – Rote Armee Fraktion und andere – bleibt spürbar. Hilfe aus Libyen nehmen sie jedoch alle an, und im Nationalismus dringt auch eine revolutionäre Rhetorik durch. Sinn Fein kämpft für ein «vereintes sozialistisches Irland», das die Wähler in beiden Teilen der Insel nicht wollen. Ein von Terrorgruppen aufgezwungener «Sozialismus» hat mit Sozialdemokratie, aber auch mit kommunistischen Parteien in Westeuropa nichts gemein...

Man weiss, dass Terroristen vor allem in jenen Staaten zuschlagen, die am wenigsten «repressiv» und am wenigsten zu brutalen Gegenmassnahmen bereit sind. Die streng repressiven Staaten bleiben grösstenteils verschont.

Die Demokratien zögern, wegen der Attentate die Regeln ihrer Rechtsordnung im Sinn der Verschärfung zu ändern; in Frankreich gilt schon die Erfassung durch Ordinatoren, wie sie Bonn praktiziert, als unzumutbar. Dazu kommt, dass verschiedene Terrorgruppen weite Sympathien und auch Unterstützung finden. Doch liegt das Problem schon im Artikel «die».

Palästinensische Politiker, die einen

Kompromiss mit Israel unter Anerkennung der Existenzberechtigung dieses Staates anstreben, sind stets in Gefahr, von Extremisten ihrer eigenen Bewegung ermordet zu werden; der Kampf gegen Gemässigte ist in allen anderen ethnischen Gruppen ebenso häufig.

Können Staaten, in denen Terrorhandlungen ausgeheckt und unterstützt werden, ihrerseits bestraft werden? Die Frage stellt sich nicht nur heute wegen des libyschen Triumphgeschreis über die wahllosen Schiesereien auf den Flughäfen von Wien und Rom. Früher galt vor allem Khomeini als Inspirator von Terroristen – nicht nur weil die Schiiten im Libanon sich unter den vielen schiessfreudigen Gruppen am meisten hervortun. Als die amerikanischen Diplomaten aber Geiseln in ihrer Botschaft in Teheran waren, konnte an keinen Gegenschlag gedacht werden. Das trug Präsident Carter Verachtung ein; doch nachdem im Libanon mit einer Bombe 141 amerikanische Marines getötet wurden, zog Reagan einfach die Truppen zurück, die die Ordnung im Libanon garantieren sollten; er tat es sofort, mit einem Schlag, so dass sich eine demütigende Lage nicht über Monate hinzog. Wie einst de Gaulle in der Beendigung des Krieges in Algerien, bewies Reagan die Fähigkeit, den politischen Schaden eines Rückzuges zu minimieren.

Warum wirkten Ghadaffis Drohungen stärker als Präsident Reagans angedrohte Gegenmassnahmen? Im Gleichgewicht der Supergrossmächte ist es nicht so, dass rund um sie nur Vasallen leben, sondern es entsteht ein Feld der Schwerelosigkeit. Kleine Staaten können einen dispropor-

nierten Wirkungsradius haben. Ghaddafi mag bei den meisten arabischen Staatsführern unbeliebt sein – von Ägypten bis Tunesien hat er sie immer wieder bedroht – aber gegen eine drohende Intervention tritt die Solidarisierung ein.

Syrien stand hinter Attentaten gegen Franzosen in Beirut wie in Paris und wird doch als wichtiger Partner einer Friedensregelung geschont. Wie die Terroristen in Europa engere grenzüberschreitende Verbindungen haben als die Polizeikräfte, so haben auch Staaten, die sich nicht an bestimmte Regeln halten dank den internationalen Gegebenheiten mehr Handlungsfreiheit.

Das Argument, der Terror lasse sich nicht organisatorisch in den Griff kriegen, sondern nur durch eine Politik, die ihm den Gegenstand nimmt, klingt vernünftig, führt aber zu nichts. Die Spannung zwischen Israel und den Palästinensern ausser Landes ist un-

aufhebbar; sie kann aber, seit Ägypten ausgeschert ist, nicht zu einem wirklichen Krieg führen. Und die Forderungen ideologisch bestimmter Gruppen in Westeuropa sind unerfüllbar. Andere Wege als die der gemeinsamen und besser durchgeführten Abwehr sind nicht erkennbar. Dass eben jene Staaten, die den Terroristen am meisten Verständnis entgegenbringen, am ehesten Schauplatz von Terroraktionen sind, hat seine schreckliche Logik. Belohnung für Milde gehört nicht zur Praxis dieser Aktivisten.

Krisenbewältigung im politischen Sinn braucht lange Zeit. Fortschritte in der Terrorbekämpfung müssten schneller sein. Doch in unserer offenen Welt der Millionen Reisenden und der durchlässigen Grenzen wird sie stets lückenhaft bleiben, auch wenn besser vorgesorgt werden kann als zuletzt in Schwechat und Fiumicino.

François Bondy